

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal = Journal forestier suisse

**Herausgeber:** Schweizerischer Forstverein

**Band:** 162 (2011)

**Heft:** 4

  

**Artikel:** Schweizer Waldpolitik : zwischen internationaler Verantwortung und nationalen Interessen (Essay)

**Autor:** Küchli, Christian / Blaser, Jürgen

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1097708>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.05.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Schweizer Waldpolitik – zwischen internationaler Verantwortung und nationalen Interessen (Essay)

Christian Kuchli  
Jürgen Blaser

Bundesamt für Umwelt (CH)\*  
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (CH)

## Swiss forest policy – balancing international responsibility and national interests (essay)

Through its commitment to forest issues at international level, the Swiss Confederation aims to identify solutions for global forest problems, on the one hand, and to protect its own forest-related national interests, on the other. The general public's awareness of topics like the destruction of the rain forest and the trade in tropical timber is focused mainly on global problems, the resolution of which is a matter of particular concern for the Swiss population. The outcome of the associated international environmental negotiations also influences forest-relevant policies at national level as international agreements also have to be implemented at home. This essay identifies such correlations and provides information about international processes and the approaches adopted by the federal authorities to improve conditions for the protection and sustainable management of all forests. The challenges facing forests at national, European and international levels are also examined.

**Keywords:** sustainable forest management, multilateral environmental agreements, national forest policies, United Nations Forum on Forests, global change, forest sector governance, forest tenure

**doi:** 10.3188.szf.2011.0096

\* CH-3003 Bern, E-Mail christian.kuechli@bafu.admin.ch

Die internationale Waldpolitik der Schweiz bewegt sich zwischen der Wahrnehmung ihrer internationalen Verantwortung und der Wahrung der eigenen Interessen. Das Engagement auf Bundesebene für die Wälder der Welt hat sich in den letzten 25 Jahren stark verändert. Waldsterben in temperierten und borealen Klimazonen und schwindende Tropenwälder haben den Wald in den 1980er-Jahren auf die politische Agenda gebracht – national, europäisch und auch global.

Auf europäischer Ebene pflegte der Bund vor 1990 vor allem die Mitarbeit in der Europäischen Forstkommission der Welternährungsorganisation (FAO) und im Holzkomitee der Wirtschaftskommission für Europa (UNECE). Beide Organisationen waren 1947 gegründet worden. Die Europäische Forstkommission der FAO dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch zu anstehenden länderübergreifenden Herausforderungen, aktuell beispielsweise im Bereich der Anpassung der Wälder an den Klimawandel. Das Holzkomitee der UNECE wurde nach dem 2. Weltkrieg mit dem Ziel gegründet, die Verteilung des knappen Nadelschnitt- und Grubenholzes europaweit zu koordinieren. Heute fokussiert das Gremium auf die Entwicklung des internationa-

len Holzmarktes. Mit dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (Genfer Konvention) ist 1983 im Rahmen der UNECE erstmals ein völkerrechtlicher Vertrag in Kraft getreten, der sich ausserhalb des eigentlichen Waldrechts stark auf den Wald auswirken sollte. 1990 finden sich als Reaktion auf Waldsterben und grenzüberschreitende Luftverschmutzung in Strassburg die für den Wald verantwortlichen europäischen Minister zu einer Konferenz zum Schutz der Wälder in Europa<sup>1</sup> zusammen. Die Ministerkonferenz in Strassburg hat das internationale waldpolitische Engagement des Bundes auf europäischer Ebene intensiviert. Forest Europe hat sich zur zentralen gesamteuropäischen Plattform für die Waldpolitik entwickelt, die heute 46 Länder – neben den EU-Staaten auch Russland, die Ukraine, die Schweiz und andere Nicht-EU-Mitglieder – sowie Dutzende von Organisationen und Beobachterländer umfasst. Viele Waldthemen, die an den Sitzungen von Forest Europe seit 1990 debattiert und entwickelt wurden, ha-

<sup>1</sup> Ministerial Conference on the Protection of Forests in Europe (MCPFE), heute Forest Europe ([www.foresteurope.org](http://www.foresteurope.org), 4.2.2011)



Abb 1 Die Versorgung mit Trinkwasser ist eine Waldleistung, die global immer wichtiger wird (Parbati-Tal, Himachal Pradesh, Indien).

ben den Weg in Resolutionen der bisher fünf Ministerkonferenzen und später in die Waldpolitik der einzelnen Länder gefunden. Beispielsweise bilden die 1993 in Helsinki geschaffene Umschreibung von Nachhaltigkeit und die daraus entwickelten Kriterien die Grundstruktur vieler nationaler Forstprogramme, so auch des Waldprogramms Schweiz. Im Juni 2011 findet in Oslo die 6. Ministerkonferenz statt. Als wichtigstes Geschäft werden die für den Wald zuständigen Minister entscheiden, ob Verhandlungen über eine Europäische Waldkonvention aufgenommen werden sollen (Dürr 2011, dieses Heft).

Auf globaler Ebene konzentrierte sich der Beitrag der Schweiz zur Lösung von Waldproblemen bis in die frühen 1990er-Jahre vorab auf die bilaterale Zusammenarbeit mit Empfängerstaaten im Rahmen von Entwicklungsprogrammen. Dutzende von Projekten, welche die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) zwischen 1970 und 1995 im Himalaja und Hindukusch, in Ostafrika und dem Sahel oder in Zentralamerika, im Amazonasbecken

und in den Anden durchführte, waren Waldprojekte oder Projekte mit Waldkomponenten. Das erste multilaterale Abkommen auf globaler Ebene trat 1987 mit dem Internationalen Tropenholzabkommen in Kraft, auf dem die Internationale Tropenholzorganisation (ITTO) begründet ist und dem die Schweiz 1988 beigetreten ist.

Kardinalpunkt für die Entwicklung der globalen Waldpolitik ist der Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro. In Rio sind die globalen Umweltabkommen zu Klima, Biodiversität und Wüstenbildung zustande gekommen. Auf ein viertes in Rio angestrebtes Übereinkommen, eine globale Waldkonvention, konnten sich die Länder bisher nicht einigen. Wald war 1992 kein vages Konzept wie Klima oder Biodiversität, das es zuerst mit konkreten Inhalten zu füllen galt. Wald war bereits damals ein Wirtschaftsraum von weitreichender ökonomischer und bevölkerungspolitischer Bedeutung, gerade für die Entwicklungsländer. Zusammen mit dem Anspruch auf Souveränität in Waldangelegenheiten, wie sie grosse Waldländer wie Brasilien, Kongo oder Indonesien beanspruchen, sind dies die Gründe, warum bis heute ein legal verbindliches Abkommen auf globaler Ebene fehlt. Wald hat im Uno-System seit 2001 als Uno-Waldforum (United Nations Forum on Forests, UNFF), eine funktionale Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates (Ecosoc), einen Platz inne. Damit ist die Waldpolitik im Uno-System zwar auf gleicher Höhe positioniert wie zum Beispiel die Kommission für nachhaltige Entwicklung, hat aber nicht die Ausstrahlung und den Stellenwert der Rio-Konventionen zu Klima und Biodiversität.

Die phasenweise intensiven Verhandlungen nach 1992, die im Waldbereich geführt werden, haben einige wertvolle Resultate erbracht, beispielsweise das Konzept der Nationalen Waldprogramme oder eine Umschreibung von nachhaltiger Waldbewirtschaftung (Sustainable Forest Management, SFM). Die 2007 vom Uno-Waldforum verabschiedete Waldübereinkunft der Vereinten Nationen<sup>2</sup> trägt zwar im Wesentlichen die Züge einer globalen Waldkonvention, ist jedoch rechtlich nicht verbindlich. Eine nächste Chance zur Schaffung globaler Regeln für den Schutz und die nachhaltige Nutzung aller Wälder, die rechtlich verbindlich und überprüfbar sind, ergibt sich 2015. Dannzumal könnte durch das Schliessen reglementarischer Lücken und die Schaffung einer permanenten Waldinstitution auch ein besseres Gleichgewicht mit anderen Sektoren und internationalen rechtlichen Regimen, auch mit dem durch die Welthandelsorganisation (WTO) geschaffenen Handelsregime, hergestellt werden.

Das Fehlen eines rechtlich verbindlichen Waldregimes trägt auch dazu bei, dass insbesondere die

<sup>2</sup> [www.un.org/esa/forests](http://www.un.org/esa/forests) → Documents → Forest Milestone Documents → Forest Instrument (NLBI) (1.3.2011)

Klima- und die Biodiversitätskonvention immer stärker in den Waldbereich hineinwirken. Dabei beeinflussen diese Konventionen zunehmend auch die nationale Waldpolitik respektive andere nationale Politikbereiche wie beispielsweise die Klimapolitik, von der wiederum Rückwirkungen auf die Waldpolitik ausgehen. Neben den Umweltkonventionen haben auch Prozesse wie Forest Europe ihren Einfluss, und selbst die walddirelevanten Politiken der Europäischen Union wirken sich indirekt auf die Entwicklungen in der Schweiz aus (Keel & Ottitsch 2008). Daher spielen bei internationalen Verhandlungen nicht nur die aus Sicht der Schweiz erwünschten Auswirkungen auf andere Länder eine Rolle – auch nationalen Aspekten ist Rechnung zu tragen.

### **Keine Trendwende bei der Entwaldung in den tropischen und subtropischen Ländern**

Nach Angaben der FAO wurden im letzten Jahrzehnt vorab als Folge von Landnutzungsänderungen in den Tropenländern jährlich 13 Mio. ha Naturwald gerodet (FAO 2010). Hinzu kommen allein in den Tropen jedes Jahr rund 7 Mio. ha, die stark übernutzt (degradiert) werden (Intercooperation 2009). Unverändert hoch ist die Entwaldungsrate in Südamerika mit 3.4 Mio. ha und in Afrika mit 4 Mio. ha jährlich, und in beiden Kontinenten ist kein entscheidender Trend zur Wiederbewaldung ersichtlich. Auf bedeutende Wiederbewaldung weisen die neusten Daten der FAO hingegen in Europa, Nordamerika, der Karibik und Asien hin (Blaser & Küchli 2011, dieses Heft). In Asien sind es die grossen Aufforstungsflächen in China, auf den Philippinen und in Vietnam, und in Europa scheinen unter anderem besonders Irland, Moldawien, Bulgarien und Serbien in den Daten der FAO (2010) auf.

Nicht in den FAO-Statistiken berücksichtigt sind die grossen Waldschäden, welche im vergangenen Jahrzehnt Kanada und Russland heimgesucht haben. Im borealen Waldgürtel allein waren zwischen 1998 und 2005 rund 350 Mio. ha vor allem durch Feuer und Borkenkäfer betroffen. In Kanada haben Käfer bis 2009 16 Mio. ha Föhrenwälder befallen (Astill 2010). Als Ursache wird vermutet, dass die Temperaturerhöhung zur Entwicklung von zusätzlichen Käfergenerationen führt. 2010 haben die Waldbrände in Russland, die auf grosse Trockenheit zurückzuführen sind, in weniger als drei Monaten 6 Mio. ha Wald zerstört. In Russland sind zudem Millionen von Hektaren Wald durch illegale Holznutzungen betroffen (Blaser et al 2005).

Heute ist die Erde noch zu rund einem Drittel bewaldet, und was verbleibt, hat zunehmende Bedeutung für die gesamte Menschheit (Abbildung 1). Die anhaltende Entwaldung ist nicht nur eine Be-

drohung für die rund 350 Millionen Menschen, die im Wald oder in unmittelbarer Nähe leben, oder für die 1.6 Milliarden, denen der Wald wirtschaftliche und kulturelle Grundlage ist – letztlich gefährdet sie auch jene, die stromabwärts leben oder die Folgen der Entwaldung über komplexere Wirkungsbeziehungen zu spüren bekommen. Die Rodungsfeuer bedrohen die lokale und globale Biodiversität, und sie tragen in einer Grössenordnung von 17% zu den globalen Emissionen von Treibhausgasen bei. Dies ist mehr als die weltweiten Emissionen des Transportsektors inklusive Flugverkehr (Fuglestedt et al 2007). Wälder sind aber auch regional und lokal von grösster Bedeutung für die ökologische Stabilität – beispielsweise für das lokale Klima oder als Schutz vor Bodenerosion und Überschwemmung. Schliesslich sind die Wälder Pfeiler für die lokale wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sei es als Rohstofflieferant, dezentraler Arbeitsplatz, Erholungsgebiet oder touristische Attraktion (Abbildung 2).

Die ungebremste Entwaldung zwischen den Wendekreisen ist Folge einer zu geringen Rentabilität der Waldbewirtschaftung im Vergleich zu anderen Landnutzungssystemen sowie des hohen Drucks, der durch den globalen Wandel entsteht (Blaser & Küchli 2011, dieses Heft). Ähnlich wie in der mitteleuropäischen Forstgeschichte ist die aktuelle wirtschaftliche Durchdringung infolge des Anschlusses an die internationalen Rohstoffströme und -märkte vielerorts entscheidend für das Schicksal der Wälder geworden (Küchli 2000). Es ist der globale Appetit nach Fleisch und Energie, der den südlichen Amazonas zu Sojafeldern und Viehweiden oder die südostasiatischen Wälder in Palmölplantagen verwandelt, und eine anziehende wirtschaftliche Konjunktur bedeutet auch eine Verstärkung dieser Treiber der Waldzerstörung. Dabei wirkt der Holzeinschlag – vor allem der illegale – oft als auslösender Schritt in der Spirale von Degradation und Zerstörung. Die illegale Holzerei führt nach Schätzungen der Weltbank global zu einem jährlichen Ausfall von Staatseinnahmen von 10 bis 15 Mia. US-Dollar. Zudem wird dadurch der Holzpreis weltweit um 7 bis 16% gedrückt; hinzu kommt der Imageschaden für den Rohstoff Holz und den gesamten Forstsektor (Wood Resources International 2004).

In diesen wirtschaftlich kurzfristig ausgerichteten Kraftfeldern werden essenzielle Dienstleistungen, welche die Wälder wahrnehmen, nicht reflektiert und schon gar nicht finanziell abgegolten. Entwaldung im gegenwärtigen Ausmass bleibt daher eine globale Herausforderung, die von keinem Land im Alleingang gelöst werden kann. Wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit ist umso dringender, als der Verbrauch natürlicher Ressourcen mit wachsender Weltbevölkerung und steigendem Pro-Kopf-Konsum in starkem Anstieg begriffen ist. Schon heute geht in vielen Ländern wie Brasilien oder In-



*Abb 2 Pflanzenmedizin spielt nach wie vor eine bedeutende Rolle in der Versorgung traditioneller Gesellschaften (Markt in Belém, Pará, Brasilien).*

donesien nur mehr ein kleiner Teil des Holzes in den Export. Die Schwellenländer mit ihren aufstrebenden Volkswirtschaften benötigen selber enorme Holzmengen für Bauten, Inneneinrichtung, Zellulose und Energie und sind daher über kurz oder lang auf die Stabilisierung der Waldfläche und deren nachhaltige Bewirtschaftung angewiesen.

Werden die verbliebenen Waldmassive weiterhin im bisherigen Rhythmus dezimiert, drohen auch verstärkte soziale Unruhen und Flüchtlingsbewegungen mit Auswirkungen weit über die Regionen des Südens hinaus. Nur schon aus diesen Gründen hat die Schweiz ein unmittelbares Interesse an internationalen Regeln für eine nachhaltige Nutzung und die gerechte Verteilung der zunehmend beanspruchten globalen Ressourcen. Zudem bewirken Güter, die unter weniger strengen Umweltauflagen hergestellt werden als in der Schweiz und dank der zunehmenden Öffnung frei auf unsere Märkte gelangen, einen Wettbewerbsnachteil für schweizerische Produkte. Dies gilt nicht zuletzt für Holz, das

zudem mit erheblichem Energieaufwand transportiert wird. Um den Druck auf die Umwelt zu mildern und gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Unternehmen zu erhalten, hat die Schweiz ein grundsätzliches Interesse, sich für weltweit harmonisierte, ausreichend hohe Sozial- und Umweltstandards einzusetzen. Diese Fragestellungen sind ebenfalls Teil des Ansatzes der «Green Economy» und werden 2012 auch einen besonderen Stellenwert an der globalen Umweltkonferenz erhalten, die 20 Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio stattfinden wird.

Die Eindämmung der Zerstörung und die globale Erhaltung der Waldökosysteme und ihrer Umweltleistungen sind auch der schweizerischen Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Dies belegen nicht nur die Aktivitäten der Umweltverbände und die häufigen Schreiben von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch zahlreiche parlamentarische Vorstösse zu Themen wie Deklarationspflicht für Tropenholz und zum Handel mit illegal gefällttem und gehandeltem Holz oder zum Engagement der zuständigen Bundesämter für den Schutz und die Erhaltung insbesondere der Tropenwälder.

### **Hohe Anforderungen an Koordination und Kohärenz der Positionen der Schweiz**

Im Rahmen der schweizerischen Umweltpolitik hat Wald als globales Thema seit 1992 hohe Priorität erhalten, was sich in der Bundesverfassung sowie den Bundesgesetzen über Wald und Entwicklungszusammenarbeit spiegelt. Auch der aussenpolitische Bericht des Bundesrates des Jahres 2009 bekräftigt die wichtige Rolle der Wälder für Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung (Schweizerischer Bundesrat 2009). Weil Wälder und insbesondere ihre nachhaltige Bewirtschaftung Teil der Lösung für viele internationale Umweltprobleme sind, finden sich waldrelevante Elemente in der internationalen Umweltpolitik, der Entwicklungspolitik, der Handelspolitik und in transversalen Themen wie Armutsbekämpfung, Nahrungssicherheit und Wasserknappheit. Darum sind die Zuständigkeiten und Dossiers im Bereich der globalen Waldpolitik auf mehrere Departemente und Bundesämter aufgeteilt. Das Bundesamt für Umwelt (Bafu) ist federführend im Uno-Waldforum und im Forstkomitee der FAO. Es koordiniert zudem alle waldrelevanten Aspekte der Klimakonvention, der Biodiversitätskonvention sowie den Globalen Umweltfonds.<sup>3</sup> Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) betreut die Internationale Tropenholzorga-

<sup>3</sup> Vgl. [www.bafu.admin.ch/dokumentation/umwelt/09249/09375/index.html?lang=de](http://www.bafu.admin.ch/dokumentation/umwelt/09249/09375/index.html?lang=de) (4.2.2011)

nisation (ITTO), die Forest Carbon Partnership Facility (FCPF), einen im Rahmen der Klimaverhandlungen neu eingerichteten Fonds der Weltbank zur Finanzierung von Aktivitäten, die zu einer Verminderung der Entwaldung in Entwicklungsländern führen (siehe auch Engel et al 2011 und Blaser & Küchli 2011, beide dieses Heft) sowie Aktivitäten im Bereich der Inwertsetzung der Biodiversität. Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) ist zuständig für die Desertifikationskonvention sowie für Fragen der Anpassung an den Klimawandel. So begleitet das globale Programm für Klimawandel der Deza regionale Aktivitäten beim Verband südostasiatischer Nationen (ASEAN), im Afrikanischen Waldforum oder im Waldprogramm der Weltbank (Profor). Das Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) ist im Rahmen des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (Cites) für den kontrollierten Handel respektive für Handelsverbote besonders gefährdeter Holzarten zuständig. Die verschiedenen völkerrechtlichen Verträge, welche von der Schweiz ratifiziert wurden, sowie die übrigen walddrelevanten Prozesse stellen hohe Anforderungen an Koordination und Kohärenz der Positionen der Schweiz, auch weil zunehmend Aspekte der nationalen Umsetzung zu berücksichtigen sind. Zwischen den Bundesämtern und interessierten Organisationen findet im Rahmen des interdepartementalen Ausschusses nachhaltige Entwicklung (Idane) ein Informationsaustausch zu internationalen walddpolitischen Themen statt.

Unter dem Einfluss der Rio-Konventionen hat sich die internationale Zusammenarbeit des Bundes in den letzten Jahren auch im Waldbereich zunehmend in multilaterale Richtung entwickelt. Konkrete Programme und Projekte, welche Deza und Seco bilateral in direktem Zusammenwirken mit Partnern in ihren jeweiligen Schwerpunktländern umsetzen, bestehen nach wie vor, sind allerdings stark zurückgegangen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Dazu gehört eine gewisse Ernüchterung darüber, dass sich die Waldzerstörung trotz grosser Anstrengung selbst in konkreten Entwicklungsprojekten oft nicht vermindern liess. Aber auch der Personalstopp in der Bundesverwaltung, der die aufwendige direkte Betreuung von Entwicklungsprogrammen und -projekten oder eine Betreuung über Regieorganisationen wie Intercooperation und Helvetas erschwert, spielt eine Rolle. Schliesslich wurden mit den Rio-Konventionen neue übergeordnete Themen gesetzt, die über den Wald als geografisch abgegrenzten Raum hinausgehen. Dies hat nicht nur zu einer Umlenkung der Mittelströme geführt, sondern auch zu spezifischeren Sichtweisen, die mit dem multifunktionalen und zwischen verschiedenen Ansprüchen vermittelnden Ansatz der nachhaltigen Waldbewirtschaftung nicht in jedem Fall übereinstimmen. Diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf die nationale Waldpolitik, wie weiter unten gezeigt wird.

## **Kernanliegen und Schwerpunkte der globalen Waldpolitik des Bundes**

In ihrem globalen Engagement setzt sich die Schweiz in erster Linie für die Schaffung guter Rahmenbedingungen ein, welche den Schutz der Wälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung ermöglichen. Gute Rahmenbedingungen beinhalten aus Sicht der verantwortlichen Ämter primär Aspekte der Ressourcenplanung und der Governance. Zentrale Aspekte von Governance sind die Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu den natürlichen Ressourcen, klare Eigentums- und Nutzungsrechte sowie dezentrale Strukturen, die insbesondere auch die Mitwirkung auf lokaler Ebene ermöglichen. Die Erarbeitung von Grundprinzipien und Regeln beispielsweise für nachhaltige Waldbewirtschaftung soll mittelfristig ermöglichen, dass sich nachhaltige Waldwirtschaft auch in den Entwicklungsländern selber finanziert, über faire Preise für Holz aus nachhaltiger Nutzung oder über die Abgeltung von Umweltleistungen der Wälder.

Die Entwicklung von geeigneten Rahmenbedingungen erfolgt vorab über einen intensiven Erfahrungsaustausch. Als wichtig haben sich dabei internationale Prozesse erwiesen, in denen mit der nötigen Distanz zu den eigentlichen Verhandlungssitzungen sachliche Inhalte diskutiert und Konzepte entwickelt werden können, die dann wiederum in die Verhandlungen einfließen. Nachfolgend wird am Beispiel von drei Organisationen respektive Prozessen – der ITTO, dem Uno-Waldforum und den Klimaverhandlungen – erläutert, wie die Bundesstellen als zentral erkannte Themen und Schwerpunkte entwickeln und vorantreiben.

### **Handel mit Tropenholz und die Internationale Tropenholzorganisation (ITTO)**

Seit Jahrzehnten manifestieren sich Interesse und Engagement der Schweizer Bevölkerung an Tropenwald und Tropenholz, wobei der Stellenwert des Handels mit Tropenholz einiges über der volkswirtschaftlichen Bedeutung liegt, die dieses in der Schweiz erreicht (Intercooperation 2009). Der Bundesrat hat sich aus Handelsüberlegungen stets gegen die von Umweltorganisationen und in parlamentarischen Vorstössen geforderten Importverbote (z.B. Motion Graf 05.3073) oder andere Handelseinschränkungen ausgesprochen. Er setzt hingegen auf die Unterstützung der ITTO, deren Hauptziel die Förderung des Handels mit nachhaltig erzeugtem Holz ist. In den Mitgliedsländern der ITTO befinden sich fast 80% des globalen Tropenwaldes, aus denen 90% der Exporte stammen. Ziel des Schweizer Engagements ist es, die Produzentenländer technisch und institutionell zu unterstützen und sie an die ökologisch und sozial sensibilisierten Märkte der Industrieländer heranzuführen. Diese Märkte senden ge-

**Abb 3** Legal oder illegal? Holzschlag in Marcala La Paz, Honduras.



nügend hohe Preissignale aus, um den notwendigen Anreiz für nachhaltige Waldbewirtschaftung zu schaffen und damit eine Landnutzungsänderung zugunsten kurzfristig attraktiver Landwirtschaftsprodukte zu verhindern.

Ursprünglich ist das Tropenholzabkommen<sup>4</sup> ein Rohstoff- und kein Umweltabkommen. Ein Nachfolgeabkommen des Agreements von 1994 ist 2006 in Genf abgeschlossen worden, aber noch nicht in Kraft getreten. Im neuen Abkommen wird der ursprüngliche Ansatz erweitert, indem Nichtholzprodukte des Tropenwaldes ebenso berücksichtigt werden wie dessen Umweltdienstleistungen, beispielsweise Biodiversität oder der Schutz von Wasserquellen und Böden, welche über innovative Mechanismen finanziell abgegolten werden sollen. Die ITTO ist zu einem interessanten walddpolitischen Entwicklungsbereich geworden, und ihr Engagement hat der Schweiz in den letzten Jahren Anerkennung und Erfahrung mit Strategien für eine nachhaltigere Waldbewirtschaftung eingebracht. Durch die Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Tropenwäldern ist es der Schweiz auch gelungen, Ausstrahlung und Wirkung der ITTO zu vergrößern.

Die ITTO hat vor Jahren auch den Rahmen geboten, um die Debatte mit den Produzentenländern über heikle Themen wie illegalen Holzeinschlag, Handel mit illegalem Holz und die oft damit verknüpfte Korruption aufzunehmen (Abbildung 3). Daraus ist das Programm zu Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor (Forest Law Enforcement and Governance, FLEG) entstanden, das die Weltbank 1999 mit fachlicher Unterstützung

der Schweiz und in Zusammenarbeit mit global tätigen Forstunternehmen, Umweltorganisationen und Vertretern indigener Völker entwickelte. Ergebnis sind regionale Deklarationen in Asien, Afrika und dem europäisch-nordasiatischen Raum. Aufseiten der Importländer wiederum hat die Europäische Union 2003 mit dem Aktionsplan zu Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (Forest Law Enforcement, Governance and Trade, FLEGT) zusätzlich den Aspekt des Handels eingebracht. Damit machte die EU deutlich, dass es eine geteilte Verantwortung zwischen Konsumenten und Produzenten für die Erhaltung von Naturwäldern gibt (Europäische Kommission 2003). Zu diesem Zweck haben die EU-Länder mit den Importländern Vereinbarungen abgeschlossen. Die Schweiz hat den Ansatz der geteilten Verantwortung übernommen und geht noch einen Schritt weiter als die EU, indem sie in Umsetzung einer parlamentarischen Motion letztes Jahr eine Deklarationspflicht für Holzart und Holzherkunft eingeführt hat (Verordnung vom 4. Juni 2010 über die Deklaration von Holz und Holzprodukten, SR 944.021).

#### **Forest Governance im Rahmen des Uno-Waldforums**

Besondere Bedeutung hat die Thematik Forest Governance erhalten, denn sie deckt in der Sicht der Autoren dieses Beitrags jenen Kernbereich ab, wo sich das Schicksal der Wälder letztlich entscheidet. Bei dieser Politikgestaltung im Forstsektor geht es um zentrale Fragen nach dem Waldeigentum, den

<sup>4</sup> [www.itto.int/itta/](http://www.itto.int/itta/) (4.2.2011)

Nutzungsrechten oder dem Ertrag aus der Nutzung respektive darum, wie dieser verteilt wird. Damit ist in Staaten, wo die Waldfläche nicht denselben Schutz genießt wie etwa in der Schweiz, auch die Frage verbunden, wer sich letztlich für eine nachhaltige Nutzung des Waldes und damit für dessen Weiterbestehen einsetzt. Auch in den Tropen zeigt sich immer wieder, dass Wald weniger häufig brennt und weniger unter illegaler Nutzung leidet, wenn die lokale Bevölkerung über gesicherte Eigentums- oder Nutzungsrechte verfügt (FAO 2007).

Tatsächlich befinden sich jedoch weltweit gegen 70% der Waldfläche in zentralstaatlichem Eigentum. Indonesien beispielsweise hat in seiner Gründungsverfassung 1945 sämtliche Waldflächen zu «tanah negara», zu Boden des Staats, erklärt, für den die Zentralregierung das Eigentum beansprucht (Küchli 1997). In Indonesien wie in den meisten anderen waldreichen Entwicklungsländern ist Waldpolitik seit den 1960er-Jahren auf Holznutzung in Form von Konzessionen durch grosse Unternehmungen ausgerichtet. Dabei schliessen die entsprechenden gesetzlichen Regelungen die lokale Bevölkerung vom Zugang zu den Waldressourcen tendenziell aus, obwohl sich grosse Waldflächen seit Jahrhunderten im Besitz lokaler Gemeinschaften befinden, welche diese auch von jeher nachhaltig zu bewirtschaften verstehen (Abbildung 4). Ähnliche Vorgänge wie in Indonesien haben vielerorts auf der Welt dazu geführt, dass die lokale Bevölkerung über Nacht zu Dieben in ihrem eigenen Wald wurde und ebenso traditionelle wie existenzielle Nutzungsweisen illegal geworden sind.

2002 begann die Schweiz im Rahmen des Uno-Waldforums mit der Initiierung eines Prozesses zu Fragen der dezentralen Governance im Waldbereich. Eine globale Konferenz in Interlaken im April 2004 ergab eine erste globale Bestandaufnahme. Zentraler Partner der Schweiz war Indonesien, wo sich nach der zentralistischen Ära des Suharto-Regimes ab 1998 starke dezentrale und föderalistische Kräfte manifestierten. Eine kaum vorbereitete Dezentralisierung brachte noch mehr Waldzerstörung, und Indonesien war gezwungen, das ursprüngliche Konzept zu revidieren. Der Anlass in Interlaken hat die Debatte auf globaler Ebene strukturiert. Die erarbeiteten Definitionen, Politiküberlegungen und Anregungen zur Umsetzung sind als offizielles Papier der 5. Sitzung des Uno-Waldforums erschienen. Das Buch zur Interlaken-Konferenz (Pierce Colfer & Capistrano 2005) ist später ins Indonesische, Chinesische und Russische übersetzt worden, und es war gemäss Weltbank bei der Vorbereitung des russischen Waldgesetzes von 2007 eine wichtige Quelle.

Interlaken ist ein Beispiel, wie die Schweiz ihre eigenen demokratischen Erfahrungen, in diesem Fall mit der föderalen Organisation der Waldbewirtschaftung, zuhanden der internationalen Gemein-

schaft einbringen kann. Sektorale Governance ist denn auch zu einer Spezialität der Schweiz im Rahmen ihres internationalen Engagements im Waldbereich geworden und wird in diversen Prozessen gefördert. Die in Interlaken destillierten Konzepte und Empfehlungen sind in der Folge in drei regionalen Workshops vertieft worden, 2006 im indonesischen Yogyakarta für Südostasien und die Pazifikregion mit Schwerpunkt auf Nutzungsaspekte (Pierce Colfer et al 2007) und 2008 im südafrikanischen Durban mit Blick auf die Verhältnisse in Afrika und einem Fokus auf Schutzaspekte (German et al 2009). Der vierte Workshop hat 2010 in Oaxaca, Mexico, stattgefunden. Er war auf Lateinamerika und die Karibik ausgerichtet und speziell auf die Zusammenhänge zwischen nachhaltiger Waldbewirtschaftung, Governance im Forstsektor und REDD+ fokussiert.<sup>5</sup>

### **Klimaverhandlungen und die Absicherung hoher Investitionen in die Tropenwälder**

REDD+ ist ein zentraler Bereich der laufenden Klimaverhandlungen und hat zum Ziel, den hohen Anteil an den Treibhausgasemissionen infolge von Entwaldung und Walddegradierung zu reduzieren (siehe auch Blaser & Küchli 2011, dieses Heft). Waldpolitisch gilt REDD+ gegenwärtig als Pfad mit dem grössten Potenzial für den Schutz der Tropenwälder (Engel et al 2011, Blaser & Küchli 2011, beide dieses Heft). Die Schweiz hat die Vorbereitungsphase für REDD+ in einzelnen Ländern finanziell unterstützt. Auf Verhandlungsebene hat die Schweiz die wichtigen Erfahrungen mit der Governance im Forstsektor eingebracht, die mit der thematischen Arbeit in der ITTO und im Uno-Waldforum zusammengetragen werden konnten. Was für alle Anstrengungen mit dem Ziel nachhaltiger Waldbewirtschaftung gilt und was sich auch auf die Biodiversität günstig auswirkt, trifft nämlich auch für REDD+ zu: Voraussetzung für erfolgreichen Waldschutz sind gesicherte Eigentums- und Nutzungsverhältnisse sowie klare Verantwortungen, Transparenz und Rechenschaft. Nur wenn die lokale Bevölkerung unter Berücksichtigung informeller Rechte und sozialer Strukturen eingebunden ist, kann die notwendige Rechtssicherheit entstehen und zum Tragen kommen, können in Zukunft mit Investitionen über den Emissionshandel entsprechende Schutzprojekte gefördert und die notwendigen Qualitätsstandards erreicht werden. Aspekte der Governance im Waldbereich werden bei REDD+ wesentlich zur Absicherung der bedeutenden Investitionen von Dutzenden von Milliarden US-Dollar beitragen.

<sup>5</sup> [www.un.org/esa/forests/](http://www.un.org/esa/forests/) → UNFF Sessions → UNFF9 Session → Official Documents → Forest governance and decentralization: report on a series of workshops co-organized by the Governments of Switzerland, Indonesia, South Africa and Mexico • E/CN.18/2011/16 (1.3.2011)



**Abb 4** Kulturlandschaft bei Krui an der Südwestküste Sumatras (Indonesien). Hier anerkennt die indonesische Zentralregierung traditionelles Recht (adat). Die Wälder im Hintergrund sind gepflanzt, die Bäume sind in Familienbesitz (vgl. auch Titelbild dieses Hefts).

Die Klimaverhandlungen in Cancún vom Dezember 2010 haben einen Durchbruch für REDD+ gebracht und es definitiv zu einem Mechanismus der Klimakonvention gemacht. Der entsprechende Beschluss enthält in Paragraf 72 des Anhangs sämtliche von der Schweiz geforderten Aspekte im Bereich der Governance im Forstsektor (UNFCCC 2010a). Falls die Substanz dieses Paragrafen bei der nun folgenden Ausarbeitung von REDD+-Methodologie und -Modalitäten entsprechend ausgestaltet wird, dürfte die Chance zur Erhaltung bedeutender Waldflächen steigen. Damit verbunden ist auch ein bedeutender Zusatznutzen beispielsweise beim Schutz von Boden und Wasser oder beim Erhalt der Biodiversität.

### **Auswirkungen internationaler Abkommen auf die nationale Waldpolitik**

Obwohl seit dem globalen Umweltgipfel vor bald zwei Jahrzehnten kein Waldabkommen zustande gekommen ist, wirkt sich Rio inzwischen tief in die Waldpolitik aus, auch in den Industrieländern. In der Schweiz trifft dies speziell für die Klima- und die Biodiversitätskonvention zu.

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls der Klimakonvention hat sich die Schweiz verpflichtet, ihre Emissionen in der ersten Verpflichtungsperiode (2008–2012) um 8% gegenüber 1990 zu senken, was einer Reduktion um 4.2 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr entspricht. 2006 hat der Bundesrat entschieden, dazu auch Artikel 3.4 des Protokolls zu nutzen. Für die Re-

duktionsverpflichtungen der Schweiz bedeutet dies, dass die Senkenleistung aus der Waldwirtschaft angerechnet werden kann. In den Verhandlungen für die erste Verpflichtungsperiode hatte die Schweiz mit 1.83 Mio. Tonnen pro Jahr eine Obergrenze für die Anrechnung von CO<sub>2</sub>-Senkenleistungen erreicht, entsprechend rund zwei Dritteln der 2.7 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>, die zwischen 1990 und 1999 im Durchschnitt jährlich im Schweizer Wald gebunden worden waren (Arbeitsgruppe Wald- und Holzwirtschaft im Klimaschutz 2005). Diese Ausgangslage hätte für die Senkenleistung aus der Waldbewirtschaftung zwischen 2008 bis 2012 einen zweistelligen Millionenbetrag jährlich bedeutet, je nach Marktlage und Preis für CO<sub>2</sub>.

Dass die Waldeigentümer am offiziellen CO<sub>2</sub>-Markt nicht teilnehmen können, ist auf eine fehlende Rechtsgrundlage zurückzuführen, welche die Kohlenstoffsequestrierung als Leistung des Waldeigentümers anerkennen würde. Eine solche war in der Teilrevision des Waldgesetzes vorgesehen, auf das die eidgenössischen Räte im Frühling 2008 nicht eingetreten sind. Im Entwurf des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, dessen Revision gegenwärtig beraten wird, ist eine entsprechende Rechtsgrundlage nicht vorgesehen.

Im Rahmen der laufenden Klimaverhandlungen hat die Konferenz der Vertragsparteien im Dezember 2010 in Cancún bestätigt, dass die Länder grundsätzlich auch in der 2. Verpflichtungsperiode Senkenleistungen für die Zielerreichung anrechnen dürfen (UNFCCC 2010b). Ändern wird sich sehr wahrscheinlich die Anrechnungsmethode. Die

Schweiz setzt sich für eine Lösung ein, welche in der Praxis genügend Flexibilität erlaubt und gleichzeitig umweltinteger ist, d.h. einen echten Beitrag für den Klimaschutz gewährleistet. Flexibilität ist insbesondere im Hinblick auf die Klimaänderung und allenfalls notwendige Anpassungsmassnahmen wichtig, die eine temporäre Absenkung der Vorräte nötig machen könnten. Flexibilität wird von einigen Ländern auch für Schadenereignisse gefordert, um grosse Ereignisse ausschliessen zu können. Zudem setzt sich die Schweizer Delegation, in Erfüllung parlamentarischer Vorstösse (gleichlautende Motionen Hess 04.3572 und Lustenberger 04.3595), auch für eine Anrechnung der verbauten Holzprodukte ein. Damit würde die CO<sub>2</sub>-Freisetzung aus dem Holz nicht mehr unmittelbar nach der Fällung angerechnet wie in der ersten Verpflichtungsperiode. Vielmehr würde dem Fakt Rechnung getragen, dass im Wald aufgenommener Kohlenstoff in Holzprodukten gespeichert bleibt und erst bei deren Verbrennung oder Entsorgung wieder in die Atmosphäre entweicht.

Wirkungen auf die nationale Waldpolitik gehen auch von der Biodiversitätskonvention aus. Die Konvention verlangt beispielsweise nationale Biodiversitätsstrategien, eine Verpflichtung, an der in der Schweiz gegenwärtig gearbeitet wird. Wichtige Parameter für deren Umsetzung ergeben sich aus der Konferenz der Vertragsparteien, die im Oktober 2010 in Nagoya unter anderem festgelegt hat, dass die Länder bis 2020 mindestens 17% ihrer Landfläche und Binnengewässer, speziell Gebiete von besonderer Bedeutung für die Biodiversität und für Ökosystemleistungen, durch ein System von Schutzgebieten und andere flächenbasierte Massnahmen bewahren sollen.<sup>6</sup> Wie die anderen Länder wird nun auch die Schweiz zu definieren haben, was in ihrer spezifischen Situation am zweckmässigsten ist. Dabei wird auch der Umstand zu berücksichtigen sein, dass ein guter Teil der Biodiversität im Schweizer Wald Ergebnis einer kleinräumigen Nutzungsvielfalt ist, die jahrhundertlang für reichhaltige Strukturen, Licht für die Bodenvegetation und magere Waldstandorte sorgte.

### **Internationale Verpflichtungen als Herausforderung für die Umsetzung im Wald**

Wie stark sich die Rio-Konventionen effektiv in der Praxis auswirken, ist schwierig abzuschätzen. Sicher ist, dass auch auf nationaler Ebene die durch die Konventionen transportierten spezifischen Sichtweisen an Bedeutung gewinnen und zunehmend zu einer institutionellen Neuordnung führen, was sich nicht zuletzt in veränderten Verwaltungsstrukturen äussert. Die globale Architektur der walddrelevanten Abkommen und Prozesse spielt dabei durchaus eine Rolle, insbesondere das institutionelle Ungleichge-

wicht zwischen den beiden Rio-Konventionen zu Klima und Biodiversität einerseits und dem Uno-Waldforum andererseits. Das Fehlen einer eigentlichen Waldkonvention erschwert auf globaler Ebene gesamtheitliche Lösungen im Waldbereich und bewirkt, dass Wald auch auf nationaler Ebene zunehmend aus den jeweils spezifischen Perspektiven des Klimas oder der Biodiversität betrachtet wird.

Damit geht der Trend gegenwärtig weg von einer integralen, auf umfassende Nachhaltigkeit ausgerichteten Waldwirtschaft hin zu einer Aufteilung der Waldfläche nach Funktionen. Dabei werden die entsprechenden Flächenanteile oft durch politische Vorgaben bestimmt, während Studien, die den notwendigen Anteil an Vorranggebieten fachlich ausweisen, bis heute fehlen (Bollmann 2010). Der Trend zur Segregation der Waldfläche trägt letztlich auch das Risiko einer Fragmentierung der Waldpolitik und damit eines Verlustes an innerer Kohärenz in sich (Coleman et al 2005). Dies kann die notwendige koordinierte Umsetzung auf der Fläche erschweren und ebenso die Reaktionsfähigkeit auf neue Herausforderungen schwächen.

Die Umsetzung internationaler Verpflichtungen dürfte die Waldwirtschaft in der Schweiz nicht vor unlösbare Aufgaben stellen, wenn als Basis dazu eine integrale walddpolitische Betrachtung sowie die bewährte nachhaltige und naturnahe Waldwirtschaft dienen. Dieses Konzept bietet den Waldeigentümern und einem entsprechend ausgebildeten Forstpersonal – unterstützt durch entsprechende Abgeltungen für ihre Leistungen – die Grundlage für die notwendigen Variationen je nach Sichtweise und Ziel. Aus der übergeordneten Perspektive einer gesamtheitlichen Waldpolitik macht es zudem Sinn, den integralen Ansatz weiterzuentwickeln und zu stärken, um die verschiedenen Anforderungen aufeinander abstimmen und umsetzen zu können. Wie dargelegt, haben in den letzten 20 Jahren berechnete Bedürfnisse auf globaler Ebene diesen integralen Ansatz in den Hintergrund gedrängt. Dessen Neupositionierung und Konsolidierung könnte ebenfalls auf internationaler Ebene ihren Anfang nehmen. Eine gute Gelegenheit dazu ergibt sich im Juni 2011, wenn die europäischen Forstminister und -ministerinnen über die Aufnahme von Verhandlungen zu einer Europäischen Waldkonvention entscheiden.

### **Ausblick**

In den nächsten Jahren zeichnen sich im Bereich der internationalen Waldpolitik im Besonderen zwei Schwerpunkte ab, die auch national relevant sind: die Waldabkommen auf europäischer und

<sup>6</sup> Ergebnisse der Verhandlungen in Nagoya: [www.cbd.int/cop10/doc/4.2.2011](http://www.cbd.int/cop10/doc/4.2.2011)



Abb 5 Waldinventur in Costa Rica. REDD+ benötigt gute Daten für Monitoring und Verifizierung.

globaler Ebene und die Einbindung des Waldes in der Umsetzung der Klimakonvention.

#### Waldabkommen auf europäischer und globaler Ebene

Aus Sicht der Schweiz würde ein rechtlich verbindliches europäisches Abkommen unter Einbezug der EU-Länder sowie der Nicht-EU-Länder inklusive Russlands und der übrigen ost- und südosteuropäischen Staaten bedeutende Vorteile bringen (vgl. auch Dürr 2011, dieses Heft). Der integrale Ansatz der Waldpolitik würde gestärkt wie auch die abgestimmte Umsetzung auf der Fläche durch einen gut ausgebildeten Forstdienst. Verbindliche minimale Standards im gesamten Europa würden zu einer Angleichung verschieden langer Spiesse zugunsten der Schweizer Wald- und Holzwirtschaft führen, und einheitliche Handelsregeln, welche den Verkauf respektive den Import von nicht nachhaltig erwirtschaftetem Holz ausschliessen, würden einen Alleingang der Schweiz wie im Falle der Deklarationspflicht erübrigen. Zudem wäre die Schweiz besser positioniert in Bezug auf die Entwicklungen innerhalb der EU. Verstärkter politischer Einfluss ist auch im Hinblick auf aktuelle und künftige Themen wie Klimawandel, Sturmereignisse, invasive Pflanzen, Insekten und Pilze oder Waldbrände von Bedeutung. Eine europäische Waldkonvention wäre gleichzeitig ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem global verbindlichen Abkommen, welches die Wälder weltweit besser schützen könnte. Angesichts des bestehenden hohen Qualitätsniveaus der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in der Schweiz sind für die nationale Umsetzung einer europäischen Waldkonvention keine unlösbaren Aufgaben zu erwarten.

#### Globale Klimapolitik und Wald: Senkenanrechnung und REDD+

In den Klimaverhandlungen werden nach Klärung der Anrechnungsmethoden die Senkenleistungen von Wald und Holz besser zu quantifizieren sein (Volz & Rogiers 2010). Die Tatsache, dass der Wald und vermutlich ebenso das Holz auch in Zukunft eine wichtige Rolle im internationalen Klimaschutz spielen werden, dürfte Auswirkungen auf die Schweizer Waldpolitik haben, insbesondere wenn der Wald stärker in die nationale Klimapolitik eingebunden würde.

Was REDD+ betrifft, stehen für die Jahre 2011 und 2012 intensive Verhandlungen zu Methoden und Modalitäten an. In diesen Verhandlungen wird sich weisen, ob es möglich ist, Standards zu entwickeln, welche die Umsetzung von REDD+ genügend absichern und gleichzeitig nicht übermässig aufwendig sind, sodass der Anreiz von REDD+ erhalten bleibt. Darüber hinaus müssen in den meisten Tropenländern zuerst die Kapazitäten geschaffen werden in Bereichen, mit denen praktisch alle Tropenländer erst wenig Erfahrung haben. Dazu gehören die Bereitstellung von Waldinventuren (Abbildung 5), Kohlenstoffmessungen, REDD+-Strategieentwicklung oder das Monitoring der Waldbewirtschaftung. Zudem müssen in den meisten Ländern die Datensicherheit für eine langfristige Anrechnung von REDD+ und im Besonderen die Governance im Waldbereich verbessert werden. Diese Aufgaben werden in einer ersten Phase vorrangig angepackt, beispielsweise über Pilotvorhaben der Forest Carbon Partnership Facility oder der REDD+-Partnerschaft (Blaser & Kuchli 2011, dieses Heft). Ob REDD+ sich als wesentliches Element für die Verminderung der Treibhausgasemissionen durchsetzt, hängt auch stark vom Erfolg dieser Pilotvorhaben ab. Während die Deza sich der grundlegenden Fragen der Einbindung der lokalen Waldnutzer und der Schaffung der notwendigen Kapazitäten für sozial verträgliche REDD+-Strategien annimmt, unterstützt das Seco Massnahmen im Bereich der Bereitstellung von Technologien für REDD+ und die Entwicklung von Modellen für markttaugliche Finanzierungsinstrumente, die dereinst für REDD+-Projekte eingesetzt werden könnten. Die entsprechenden Erfahrungen werden dann wiederum in die Verhandlungen eingebracht, welche vom Bafu geführt werden. ■

Eingereicht: 2. Februar 2011, akzeptiert (ohne Review): 4. Februar 2011

#### Literatur

- Arbeitsgruppe Wald- und Holzwirtschaft im Klimaschutz (2005)** Anrechnung der CO<sub>2</sub>-Senken des Schweizer Waldes: Grundlagenpapier und Empfehlungen. Schweiz Z Forstwes 156: 438–441. doi: 10.3188/szf.2005.0438
- ASTILL J (2010) Seeing the wood. A special report on forests. [www.economist.com/node/17062713](http://www.economist.com/node/17062713) (7.2.2011)

- BLASER J, CONTRERAS A, OKSANEN T, PUUSTJÄRVI E, SCHMIT-HÜSEN F (2005) Forest law enforcement and governance in Eastern Europe and Northern Asia (ENA). Reference paper prepared for the Ministerial Conference, 22–25 Nov 2005, St. Petersburg. Bern: Intercooperation. 24 p. [http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/ref1\\_eng.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/ref1_eng.pdf) (1.3.2011)
- BLASER J, KÜCHLI C (2011) Globale Walderhaltung und -bewirtschaftung und ihre Finanzierung: eine Bestandesaufnahme. Schweiz Z Forstwes 162: 107–116. doi: 10.3188/szf.2011.0107
- BOLLMANN K (2010) Von der Quantität zur Qualität. Eine Vision für den Schweizer Wald. Bern: Forum Biodiversität, Hotspot 21: 20–22.
- COLEMAN E, KAZEMI Y, KEEL A (2005) Stand der Umsetzung der IPF/IFF-Handlungsempfehlungen in der Schweiz. Erfassung der walddirelevanten Aktivitäten auf nationaler Ebene. Bern: Bundesamt Umwelt Wald Landschaft. 121 p.
- DÜRR C (2011) Braucht der Wald in Europa ein verbindliches Abkommen? Schweiz Z Forstwes 161: 124–127. doi: 10.3188/szf.2011.0124
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003) Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) – Vorschlag für einen EU-Aktionsplan. KOM/2003/0251. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52003DC0251:DE:HTML> (7.2.2011)
- FAO (2007) Putting forestry to work at the local level. Rome: Food Agriculture Organization, Committee on Forestry. 3 p. <ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/meeting/013/j8872e.pdf> (3.2.2011)
- FAO (2010) Global forest resources assessment 2010. Key Findings. Rome: Food Agriculture Organization. 12 p. <http://foris.fao.org/static/data/fra2010/KeyFindings-en.pdf> (4.2.2011)
- FUGLESTVEDT J, BERNTSEN T, MYHRE G, RYPDAL K, BIELTVEDT SKEIE R (2007) Climate forcing from the transport sectors. Proc Nat Acad Sci 105: 454–458. doi: 10.1073/pnas.0702958104
- GERMAN LA, KARSENTY A, TIANI AM (2009) Governing Africa's forests in a globalized world. London: Earthscan. 400 p.
- INTERCOOPERATION (2009) Nicht auf dem Holzweg. Zum SECO Engagement im Tropenwald und der Förderung des Handels mit Tropenholz und anderen Tropenwaldprodukten aus nachhaltiger Bewirtschaftung. Bern: Intercooperation. 67 p. [http://www.tropicalforests.ch/files/thematic\\_issues/Intercooperation\\_2009.pdf](http://www.tropicalforests.ch/files/thematic_issues/Intercooperation_2009.pdf) (3.2.2011)
- KEEL A, OTTITSCH A (2008) Waldrelevante Förderung in der EU. Waldrelevante Förderungsprogramme in der EU27 sowie Vergleich EZ-Schweiz. Bern: Bundesamt Umwelt. 73 p.
- KÜCHLI C (1997) Wälder der Hoffnung. Zürich: Neue Zürcher Zeitung. 243 p.
- KÜCHLI C (2000) Nachhaltigkeit im Wald – vor und hinter der Welle der Globalisierung. Schweiz Z Forstwes 151: 502–507. doi: 10.3188/szf.2000.0502
- PIERCE COLFER CJ, CAPISTRANO D (2005) The politics of decentralization. Forests, people and power. London: Earthscan. 272 p.
- PIERCE COLFER CJ, DAHAL GR, CAPISTRANO D (2007) Lessons from forest decentralization: Money, justice and the quest for good governance in Asia-Pacific. London: Earthscan. 240 p.
- SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT (2009) Aussenpolitischer Bericht 2009. BBl 2009 6291.
- UNFCCC (2010A) Outcome of the work of the Ad Hoc Working Group on long-term Cooperative Action under the Convention. Bonn: United Nations Framework Convention on Climate Change, draft decision. 29 p. [http://unfccc.int/files/meetings/cop\\_16/application/pdf/cop16\\_lca.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/cop_16/application/pdf/cop16_lca.pdf) (4.2.2011)
- UNFCCC (2010B) Land use, land-use change and forestry. Bonn: United Nations Framework Convention on Climate Change, draft decision. 9 p. [http://unfccc.int/files/meetings/cop\\_16/application/pdf/cop16\\_lulucf.pdf](http://unfccc.int/files/meetings/cop_16/application/pdf/cop16_lulucf.pdf) (4.2.2011)
- VOLZ R, ROGIERS N (2010) Wald und Holz in den Klimaverhandlungen: Von Kopenhagen nach Cancún. Wald Holz 91 (9): 42–44.
- WOOD RESOURCES INTERNATIONAL (2004) Illegal logging and global wood markets: The competitive impacts on the U.S. wood products industry. Poolesville: Seneca Creek Associates. 90 p. [www.illegal-logging.info/uploads/afandpa.pdf](http://www.illegal-logging.info/uploads/afandpa.pdf) (4.2.2011)

## Schweizer Waldpolitik – zwischen internationaler Verantwortung und nationalen Interessen (Essay)

Das internationale Engagement des Bundes im Waldbereich ist einerseits auf Lösungen für die globalen Waldprobleme ausgerichtet, andererseits auf die Wahrung eigener nationaler Interessen. Was die Öffentlichkeit über Themen wie Regenwaldzerstörung und Tropenholzhandel wahrnimmt, betrifft vor allem die globalen Probleme, zu deren Lösung auch in der Schweizer Bevölkerung ein besonderes Engagement besteht. Die Ergebnisse der entsprechenden internationalen Umweltverhandlungen beeinflussen auch die walddirelevanten Politiken auf nationaler Ebene, denn internationale Vereinbarungen sind auch bei uns umzusetzen. Der vorliegende Beitrag zeigt diese Zusammenhänge auf und informiert über internationale Prozesse sowie die Ansätze, welche die Bundesbehörden zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung aller Wälder verfolgen. Dabei wird auf nationale, europäische und globale Herausforderungen eingegangen.

## Politique forestière suisse – entre responsabilités internationales et intérêts nationaux (essai)

L'engagement international de la Confédération dans le domaine de la forêt est dicté d'une part par la résolution de problèmes forestiers globaux et d'autre part par la préservation des intérêts nationaux. Ce que le grand public perçoit au sujet de la destruction des forêts tropicales et du commerce du bois tropical concerne essentiellement les problèmes globaux, à la résolution desquels la population suisse s'engage tout particulièrement. Les résultats des accords environnementaux internationaux influencent également les politiques forestières au niveau national, étant donné que les conventions internationales sont aussi à mettre en œuvre chez nous. Le présent article éclaire ces relations et livre des informations sur les processus internationaux et l'approche des autorités fédérales en matière d'amélioration des conditions-cadres de la conservation et de la gestion durable des forêts face aux défis nationaux, européens et globaux.